

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Haushaltsführung 2021

Mitteilung über die Erteilung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung bei Kapitel 0813 Titel 811 01 (Erwerb von Fahrzeugen) bis zur Höhe von 22 964 000 Euro

*Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 8. Dezember 2021
II E 5 – Fi 0111/21/100002 :002*

Gemäß § 4 Absatz 2 Satz 6 des Haushaltsgesetzes teile ich mit, dass das Bundesministerium der Finanzen auf Antrag seines Haushaltsreferats Z A 3 nach § 38 Absatz 1 Satz 2 der Bundeshaushaltsordnung im Haushaltsjahr 2021 bei Kapitel 0813 Titel 811 01 eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung bis zur Höhe von insgesamt

22 964 000 Euro

(in Worten: Zweiundzwanzig Millionen neunhundertvierundsechzigtausend Euro),

erteilt hat, davon fällig in den Haushaltsjahren

- 2023 bis zu 6 440 000 Euro
- 2024 bis zu 16 524 000 Euro.

Die überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung wird für die Beschaffung eines LNG-Einwachenschiffes benötigt, mit dem Mehraufgaben der Zollverwaltung aufgrund des Brexit insbesondere in der Nordsee erledigt werden sollen. Fertigstellung und Inbetriebnahme des Zollbootes sind für 2024 vorgesehen. In den Jahren 2022 und 2023 kann die Beschaffung aus der Brexit Adjustment Reserve der EU finanziert werden.

Die überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung wird wie üblich im Einzelplan 08 haushaltsmäßig vollständig eingespart.

